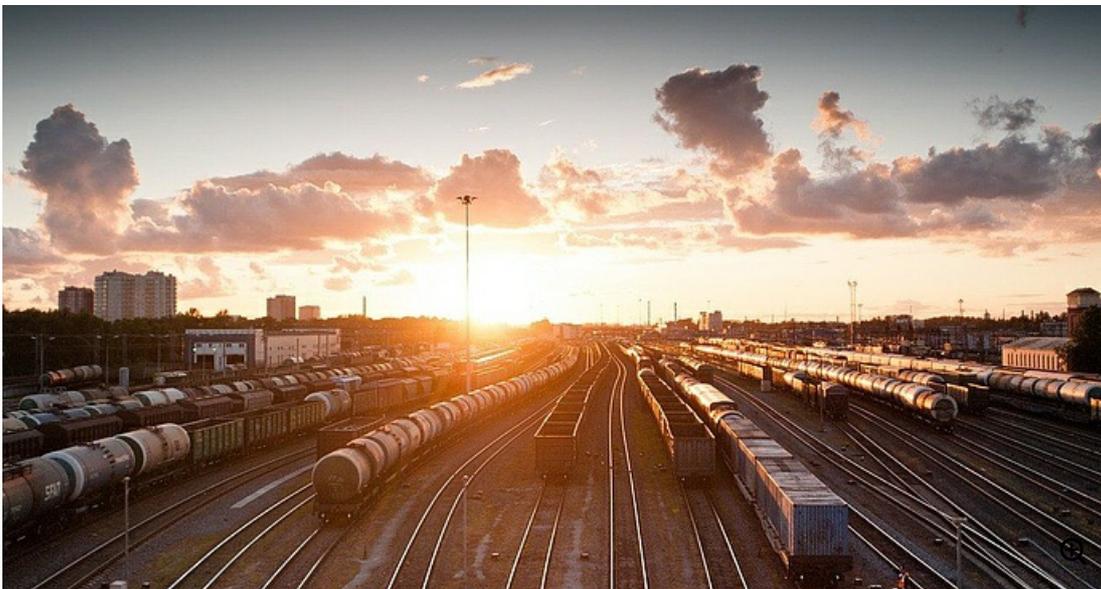


EVG fordert: Keine Zeit verlieren für die Vorfahrt Schiene

Die EVG erwartet, dass die neue Bundesregierung in der Verkehrspolitik „die Weichen schnell und verlässlich Richtung Klimaschutz stellt“. Es müssten „Zukunftsinvestitionen (...) ermöglicht, die Interessen der Beschäftigten in den Mittelpunkt gestellt und so die Schiene gestärkt werden“, heißt es in einer Resolution, die der EVG-Bundesvorstand am Mittwoch in Fulda verabschiedet hat.



Konkret fordert die EVG eine massive Investitionsoffensive in der Infrastruktur. Der 2020 beschlossene Masterplan Schienenverkehr müsse konsequent umgesetzt werden. „Mit diesem hat sich die alte Bundesregierung dazu bekannt, die Zahl der Fahrgäste im Schienenverkehr bis 2030 zu verdoppeln und den Marktanteil des Schienengüterverkehrs bis 2030 auf mindestens 25 % zu steigern. Es liegt nun an einer neuen Regierung, endlich ins Machen zu kommen und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass diese Ziele erreicht werden.“

Klar spricht sich die EVG gegen „unnötige Strukturdebatten“ aus. „Eine Zerschlagung der Deutschen Bahn würde die Branche auf Jahre lähmen. Politische Glaubenskriege, Strukturfragen, rechtliche Auseinandersetzungen und Unsicherheiten würden unnötig Zeit kosten, Ressourcen binden und enorme Kosten verursachen.“

Dritte zentrale Forderung der Gewerkschaft ist, dass der Wert der Arbeit in der Verkehrspolitik in den Mittelpunkt gestellt wird. „Wir fordern faire Bedingungen und soziale Mindeststandards“.

Downloads



Resolution

(PDF, 641.12 KB, Wird in neuem Fenster/Tab geöffnet.)

(/fileadmin/user_upload/21-10-06_EVG-

Resolution_Sondierungen-Koalitionsverhandlungen.pdf)